



Dringlicher Antrag der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 22. Oktober 2015

von GRⁱⁿ Mag.^a Andrea Pavlovec-Meixner

Betrifft: Gemeinsam Feinstaub- und NO₂-Belastung in Graz bekämpfen

Aufgrund der dauerhaften Grenzwertüberschreitung bei Feinstaub (PM₁₀) und Stickstoffdioxiden (NO₂) prüft die EU ein Vertragsverletzungsverfahren – diese Meldung ging in den letzten Wochen durch die steirischen Medien. Tolerabel wäre nach EU-Vorgaben eine jährliche Durchschnittsbelastung von 40 Mikrogramm NO₂ pro Kubikmeter Luft, laut österreichischer Rechtslage sogar nur 35 Mikrogramm. In verkehrsnahen Bereichen, vor allem entlang der Autobahnen, werden diese Werte aber regelmäßig deutlich überschritten. Die Situation im Grazer Stadtgebiet ist leider auch dramatisch: Der Grenzwert des IG-L für den NO₂-Jahresmittelwert (30µg/m³) wurde an den Messstellen Graz Don Bosco und Graz Mitte bisher in allen Jahren überschritten, in Graz Süd in allen Jahren außer 2014! Ähnliche Probleme haben neben Österreich auch etliche weitere EU-Staaten. Wie Beispiele aus Deutschland zeigen, könnten ein solches Verfahren und eine Mahnung durch die EU drastische Folgen wie sektorale Fahrverbote für Dieselfahrzeuge haben.

Mit massiven gesundheitlichen Auswirkungen ist die Grazer Bevölkerung allerdings schon jetzt konfrontiert! NO₂ kann bei Menschen die Lungenfunktion beeinträchtigen. Stickoxide sind ein Reizgas und können Atemwegserkrankungen verursachen und verstärken Allergien. *„Vor allem für Kinder, die im Wachstum sind, und für ältere Menschen sind Stickoxide sehr gesundheitsschädlich“*, so VCÖ-Expertin Urbanek.

Dieselboom - schlecht für die Luftqualität

Der VW-Skandal hat unser Augenmerk wieder auf die massiven Grenzwertüberschreitungen bei den Schadstoffausstößen von Diesel-PKW gelenkt. Allein in Österreich müssen 360.000 Diesel-Fahrzeuge der Marken VW, Audi, Seat und Skoda wegen 10- bis 40-facher Grenzwertüberschreitungen in die Werkstätten. Es kann wohl davon ausgegangen werden, dass in den nächsten Monaten auch bei anderen Automarken massive Differenzen zwischen Prüf- und Dauermodus festgestellt werden.

„Unsere Innenstädte werden mit giftigem Gas geflutet“ – formulierte es der Bundesgeschäftsführer der für die Aufarbeitung des VW-Skandals zuständigen deutschen Umwelthilfe, Jürgen Resch, dramatisch und bezweifelt im Ö1-Mittagsjournal, dass es technisch möglich sein wird, die vorgeschriebenen Abgas-Grenzwerte zu erfüllen.

In der Steiermark fahren 56 Prozent der neu zugelassenen Pkw mit Diesel. Ein Grund für die Beliebtheit der Diesel-PKW dürfte wohl sein, dass der gesundheitsschädliche Diesel in Österreich niedriger besteuert wird als Benzin. Im Oktober 2014 hat der VCÖ (Verkehrsclub Österreich) mit einer europäischen Studie auf die unerfreuliche Situation in der Steiermark hingewiesen: Diese zeigt, dass neue Diesel-Pkw beim Fahren im Schnitt sieben Mal mehr gesundheitsschädliche Stickoxide verursachen als der Grenzwert erlaubt. Statt den laut EU-Abgasnorm Euro 6 erlaubten 80 Milligramm je Kilometer wurde die Luft im Schnitt mit 560 Milligramm pro Kilometer verschmutzt. Ein Fahrzeug hat den Grenzwert sogar um das 23,5 fache überschritten! *„Wer glaubte, dass mit den neuen Diesel-Pkw die Schadstoffprobleme der Autos gelöst wären, hat sich leider geirrt. So sauber die Werte bei den Messungen im Labor sein mögen, im realen Verkehr werden die Grenzwerte von vielen neuen Diesel-Pkw massiv überschritten“*, weist VCÖ-Expertin DI Bettina Urbanek auf die Studie des unabhängigen Forschungsinstituts ICCT (International Council on Clean Transportation) hin.

„Der 100-er leuchtet fünfmal so oft wie früher...“

so der Titel eines Artikels in der Kleinen Zeitung am 09. August 2015. Das Land Steiermark hat bereits vor einiger Zeit eine „Stuserhebung Stickstoffdioxid entlang des steirischen Autobahnnetzes“ durchgeführt, auf deren Basis Maßnahmen zur Reduktion der von der Autobahn ausgehenden Schadstoffbelastung im Luftreinhalteprogramm Steiermark 2011 beschrieben sind. In der Folge wurde die bisher durch die PM10-Belastung gesteuerte VBA-Umwelt zusätzlich durch Berücksichtigung der NOx-Emissionen geschaltet – was zur nun sehr häufigen Geschwindigkeitsbeschränkung auf 100 km/h geführt hat.

Mit Stand 20. Oktober 2015 gab es bei Feinstaub in Don Bosco bereits 31, in Graz Süd 32 und in Graz Ost 29 Überschreitungstage („erlaubt“ sind laut österreichischem Recht 25, laut EU-Recht 30). Eine

Analyse der bisher vorliegenden Belastung bei NO₂-Emissionen zeigt, dass wir davon ausgehen können, dass wir auch 2015 beim Jahresmittelwert die erlaubten Grenzwerte überschreiten werden.

Alle Modelle der NO_x-Belastung zeigen sehr klar den dominierenden Beitrag der Straßenverkehrsemissionen. Vor rund zwei Jahren hat sich der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit des Grazer Gemeinderates im Rahmen der Erstellung des „6. Maßnahmenplanes Feinstaub und Stickoxide“ in mehreren Sitzungen intensiv mit dem Thema befasst und auch Maßnahmen im Bereich des motorisierten Individualverkehrs (MIV) diskutiert, allerdings bis heute nicht beschlossen.

Leider sind die damals teilweise geäußerten Argumente, dass sich die Situation aufgrund technischer Verbesserungen bei den KFZ-Motoren von selbst verbessern würde, nicht eingetreten. Ganz im Gegenteil hat es sich herausgestellt, dass die Emissionen speziell aus Diesel-KFZ bedeutend schlechter sind als allgemein angenommen. Im Sinne der Gesundheit der Grazerinnen und Grazer und angesichts eines drohenden Vertragsverletzungsverfahrens durch die EU haben wir dringenden Handlungsbedarf!

Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

Dringlichen Antrag

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen,

1. Bürgermeister Siegfried Nagl wird ersucht, ehebaldigst eine Stadtregerungssitzung einzuberufen, die sich mit der NO₂-Problematik auseinandersetzt und mögliche Maßnahmen zur Reduktion des MIV - wie sie bereits im „6. Maßnahmenplan Feinstaub und Stickoxide“ vorgeschlagen wurden, diskutiert und dem Gemeinderat zur Umsetzung vorschlägt.
2. Bürgermeister Nagl wird ersucht, die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit zu beauftragen, die Grazer Bevölkerung über ihre Medien (BIG, Web Site) über die gesundheitlichen Gefahren von NO₂ sowie über Alternativen zum Auto im Stadtverkehr und Angebote der Stadt im Bereich ÖV zu informieren.
3. Die Stadt Graz möge per Schreiben an die Bundesregierung mit dem Ersuchen herantreten, die niedrigere Besteuerung von Diesel-PKW zu beenden.
4. Die Stadt Graz und ihre Beteiligungen mögen im Sinne einer Vorbildwirkung in Hinkunft möglichst auf die Anschaffung von Diesel-PKW verzichten.